

Durchblick

ver.di

5. Jahrgang, Nr. 65; 3. November 2003

Zeitung der ver.di-Vertrauensleute im Knappschafts Krankenhaus Sulzbach

5. Sulzbacher Krankenhaus Gespräch

Profilierte Soziologin wird in Sulzbach referieren

Einhellig haben sich die Parteien des Bundestages auf eine so genannte Gesundheitsreform geeinigt. Noch ist die Tinte nicht trocken, schon werden weitere Maßnahmen angekündigt. Angeblich muss die „soziale Gerechtigkeit neu definiert“ werden. So umschreiben die neoliberalen Marktverfechter den betrieblichen Sozialabbau.

Das ist der Hintergrund für eine besondere Veranstaltung der ver.di-Betriebsgruppe im Knappschafts Krankenhaus Sulzbach. Gemeinsam mit der Peter-Imandt-Gesellschaft e.V. - Verein für politische Bildung und Kultur im Saarland wird das 5. Sulzbacher Krankenhaus Gespräch Alternativen zur Gesundheitspolitik behandeln. Die Betriebsgruppe möchte eine grundsätzliche Diskussion führen und hat deshalb mit Frau Dr. Nadja Rakowitz als Referentin eine der profiliertesten Soziologinnen der Bundesrepublik gewonnen. Sie arbeitet am Institut für Medizinische Soziologie des Klinikum der Johann Wolfgang Goethe Universität in Frankfurt am Main. Der Titel der Veranstaltung lautet „Alternativen zur Zwei-Klassen-Medizin. Zum Spannungsverhältnis zwischen Kommerzialisierung und Solidarität im Gesundheitswesen. Eine Gegenposition zur Großen Koalition der Neoliberalen.“

In der Einladung zu der Veranstaltung betont der Betriebsgruppenvorsitzende Michael Quetting: „Wir im Gesundheitswesen haben es konkret mit dem Konflikt zwischen ärztlicher und pflegerischer Ethik sowie Qualitätsanspruch einerseits und dem Weg in die Zwei-Klassen-Medizin andererseits zu tun. Die Diskussion über die Zukunft des Gesundheitswesens wird nicht um eine Diskussion über das, was unter dem Sozialen des Sozialstaats erstanden wird, herumkommen.“

Das Spannungsverhältnis zwischen Kommerzialisierung und Solidarität im Gesundheitswesen zu diskutieren hat zur Konsequenz, sich darüber klar zu werden, wie zum einen in dieser Gesellschaft soziale Sicherung funktionieren könnte, die über Schönwetterbedingungen hinausgeht, und zum anderen, welche Rolle

die Gewerkschaften in dieser Gesellschaft einnehmen wollen.“

Das Frankfurter Institut, das Dr. Rakowitz vertritt, steht unter der Leitung von Direktor Prof. Dr. med. Hans-Ulrich Deppe. Es war das erste deutsche Institut, das nach Einführung der Medizinischen Soziologie als Lehr- und Prüfungsfach für die Studierenden der Medizin errichtet wurde. Es bildet gemeinsam mit den Fächern Arbeitsmedizin, Medizinische Psychologie, Sexualwissenschaft und Sozialmedizin das Zentrum der Psychosozialen

Grundlagen der Medizin. Das Institut forscht und lehrt auf den Gebieten Medizinische Soziologie, Sozialmedizin, Public Health und Gesundheitspolitik. Es berät in- und ausländische Institutionen in gesundheitspolitischen Fragen – insbesondere bei der Reform und Transformation von Gesundheitssystemen. Das 5. Sulzbacher Krankenhaus Gespräch findet am 19. November um 18.30 Uhr im Mehrzweckraum statt.

Wir würden uns freuen, Sie dort begrüßen zu können.

5. Sulzbacher Krankenhaus-Gespräch

Alternativen zur Zwei-Klassen-Medizin

Zum Spannungsverhältnis zwischen Kommerzialisierung und Solidarität im Gesundheitswesen.

Eine Gegenposition zur Großen Koalition der Neoliberalen

Es spricht

Dr. Nadja Rakowitz

vom Institut für Medizinische Soziologie am Klinikum der Johann Wolfgang Goethe Universität Frankfurt am Main

Mittwoch, 19. November 2003 18:30 Uhr

Mehrzweckraum im

Knappschafts Krankenhaus Sulzbach

Zwischenruf des Personalratsvorsitzenden Hans Ruge:

Sozialkahl Schlag ist der Stein der Reichen

Angeblich gibt es ja keine Alternative zu dieser Agenda 2010, zu den Horrormeldungen, die fast täglich uns erreichen. Der Kanzler sagt es und wer nicht spürt, der bekommt seine Peitsche zu spüren. Und die CDU? Sie stimmt in vielen Dingen zu und versucht den Katalog der Grausamkeiten à la Herzog sogar noch zu toppen.

Es gibt Alternativen. Unsere ver.di Betriebsgruppe zum Beispiel hat davon schon einige

wie erst recht FDP. Sie schaffen das Solidarsystem ab und vernichten den Solidargedanken in den Köpfen.

Sie sagen: Der Sozialstaat ist an seine Grenzen gekommen. Wir können uns Arbeit für alle und soziale Sicherheit nicht mehr leisten. Gleichzeitig feiern die Konzerne ihren ersten Platz als „Exportweltmeister“. Wie sieht die Wirklichkeit aus? Die Kluft zwischen oben und unten wird immer größer, immer

Halse steht. Die soziale Sicherung ist nicht an ihre Finanzierungsgrenze gekommen, weil die Versicherten den Sozialstaat ausgebeutet haben, sondern ganz im Gegenteil, weil sie die Verlierer eines brutalen Verteilungskampfes zwischen Kapital und Arbeit sind.

Unternehmer und Parteien haben den Stein der Reichen entdeckt: die Arbeiter und Angestellten zahlen die Steuer für die Konzerne und Reichen. Die Gewinne werden nahezu steuerfrei kassiert. Millionäre, die noch Steuern zahlen, wechseln den Steuerberater. Die staatliche Veranstaltung wird ganz überwiegend aus dem Geld der Beschäftigten und aus der Besteuerung ihres Konsums bezahlt. Fast zwei Drittel des Gesamtsteueraufkommens werden aus Lohnsteuer und Umsatzsteuer bestritten. Dagegen hat allein der Ausfall der Körperschaftssteuer ein Loch von rund 23 Milliarden Euro in das Staatssäckel gerissen. Jährlich, wohlgemerkt. Mit dem Ver-

„Millionäre, die noch Steuern zahlen, wechseln den Steuerberater.“

zicht auf die Vermögenssteuer schenkt Eichel den Reichen 15 Milliarden Euro im Jahr.

Konzerne und Banken sind zu einer untragbaren Belastung geworden. Das müssen wir erkennen und deutlich aussprechen. Nur wenn wir uns selbst rühren, werden wir etwas ändern können. Es ist Geld da, um es in eine andere Richtung umzuverteilen: im Reichtum der Banken, der Konzerne, der Millionäre, im Rüstungsetat, bei den Spekulationsgewinnen und bei den Versicherungen. Allerdings würde dies eine grundsätzlich andere Politik nötig machen. Eine solche Politik wollen wir auf die Tagesordnung unserer Gewerkschaft gesetzt wissen, auf unsere Agenda. Das gelingt aber nur dann, wenn wir die Gewerkschaft stärken und wenn wir mehr Mitstreiter gewinnen. Nur durch und mit uns selbst, durch unser aktives Tun wird es gelingen, das Ruder rumzureißen. Noch sind wir zu schwach. Deswegen mein Appell: steht nicht länger abseits.

Hans Ruge



ganz konkrete Forderungen formuliert. Dafür sind wir auch auf die Straße gegangen. Wir nennen Alternativen zu der Kahlschlagpolitik der Regierenden, so auch auf unserer Veranstaltung am 19. November. Wir haben aufge-

„Wir haben aufgehört uns auf das Parlament zu verlassen, denn wer dies in diesen Zeiten tut, der ist von allen guten Geistern verlassen.“

hört uns auf das Parlament zu verlassen, denn wer dies in diesen Zeiten tut, der ist von allen guten Geistern verlassen.

Arbeit zu Löhnen, die arm machen. Jeder ist für seine Krankheit verantwortlich und soll selbst dafür zahlen. Ein ganzes Leben gearbeitet, und trotzdem arm im Alter. Alle müssen opfern für die Unternehmen und Reichen. Das ist die Botschaft von SPD, Grün und CDU

mehr Millionäre und immer mehr Arbeitslose. „Es muss wieder rentabel sein, Arbeitssuchenden einen Arbeitsplatz anzubieten“, schreiben die, die selbst im Trockenen sitzen. Aber damit alles akzeptiert wird, muss die

Arbeitslosenhilfe runter und die Sozialhilfe. Das Gefühl der Sicherheit muss verschwinden, damit die Leute bereit sind zu allen Bedingungen zu arbeiten.

Und so entsteht ein Klima, in dem Marktliberale die Sozialhilfe auf Almosen umstellen, erworbene Rechte durch Nächstenliebe ersetzen wollen. „Vollkasko-Mentalität“ wird denen vorgeworfen, denen das Wasser bis zum

Gemeinsam und nicht einsam:

ver.di zog es in den Urwald

Der Ausflug der ver.di Betriebsgruppe am 18. Oktober 2003 war wieder einmal ein voller Erfolg. Es ging in den Saarbrücker Urwald.

Unmittelbar vor den Toren der Stadt Saarbrücken gibt es seit Mai 2002 einen „Urwald“, eine werdende Wildnis von mehr als 1.000 ha Fläche. Hier wird kein Baum mehr gefällt, der Wald darf wachsen und altern, er bleibt

**Infos und Fotos der
ver.di Betriebsgruppe
zum Saarbrücker Urwald
im Internet:
<http://www.urwald.2-www.de/>**

gewissermaßen sich selbst und seiner eigenen Dynamik überlassen. So ist das bundesweit größte unbewirtschaftete Waldgebiet inmitten einer Stadtlandschaft entstanden. Dieser Wald wurde aus der forstwirtschaftlichen Nutzung genommen und für den Natur- und Prozeßschutz, die projektspezifische For-



schung und insbesondere auch für die Umweltbildung zur Verfügung gestellt. Als ver.di Betriebsgruppe wollen wir nicht nur gemeinsam für bessere Arbeits- und Lebensbedingungen kämpfen, wir wollen auch ge-



meinsam feiern. So fand im Jahr 2000 und 2002 ein großes Betriebsfest statt und 2001 führten wir eine Themenwanderung „Knappschaft - Bergbau - Natur“ durch. Diesmal stand eine geführte Wanderung durch den „Urwald“ auf dem Programm. Anschließend gab es ein zünftiges Wildschweinessen. Lecker war es und Spass hat es gemacht.

Leserbrief:

Molitor meldet sich zu Wort

Der Verwaltungsdirektor fand, dass unser Gerichtsreporter nicht objektiv berichtet habe. Also schrieb er dem Personalratsvorsitzenden Hans Ruge und dieser hat dann diesen Brief an uns weiter geleitet. W. Molitor bittet im Brief die Redaktion um die Veröffentlichung eines Leserbriefes. Gerne erfüllen wir ihm diesen Wunsch.

Wir enthalten uns an dieser Stelle vornehm der weiteren Kommentierung. Wer da nicht durchsteigt, möge sich doch bitte direkt an die Kontrahenten wenden. Wer also die Sicht des Arbeitsgebers interessiert, wende sich an Herrn Molitor, wen die Sicht der Personalvertretung kennen lernen möchte, wird sicherlich bei Herrn Ruge Auskunft erhalten. Unser Gerichtsreporter kann keine weiteren Auskünfte geben, er hat sich mittels Rohrpost in die Gerichtsmedizin abgesetzt.

Hier der Brief:

„Sehr geehrter Herr Vorsitzender Ruge, sehr geehrte Damen und Herren Personalräte! Im Durchblick werden auf Seite 3 unter der Überschrift „Vergleich vorm Verwaltungsgericht“ unwahre Behauptungen aufgestellt. Der Durchblick behauptet, der Personalrat und die Betriebsleitung hatten sich darüber gestritten, ob eine „vorübergehende Übertragung einer tariflich niedriger zu bewertenden Tätigkeit“ der Mitbestimmung des Personalrates unterliegt. Dies war nicht Gegenstand unserer gerichtlichen Auseinandersetzung, denn dies ist unstrittig.

Gegenstand unserer gerichtlichen Auseinandersetzung war, ob die Zuteilung eines anderen Arbeitsplatzes in einem bestimmten Falle 1. eine Versetzung o. ä. und 2. eine „vorübergehende Übertragung einer tariflich niedriger zu bewertenden Tätigkeit“ überhaupt war. Die hat das Gericht so nicht gesehen. Deshalb wurde ein Vergleich geschlossen, der im wesentlichen Personalvertretungsrecht wiedergibt und im übrigen behauptete innerbetriebliche Strukturen bestätigt.

Der Unterzeichner muß deshalb darum bitten zukünftig objektiv zu berichten oder die Verteilung solcher Artikel zu unterlassen und diesen Brief im nächsten Durchblick zu veröffentlichen.

Mit freundlichen Grüßen

Die Geschäftsführung

i.A. Molitor, Krh Verwaltungsdirektor“

ver.di-Kongress:

ver.di ein starker Baum

In Berlin trafen sich 1008 Delegierte zum 1. Ordentlichen ver.di Bundeskongress.

Margrit Wendt, Vorsitzende des ehrenamtlichen Gremiums Gewerkschaftsrats, und der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske schauten eingangs vor die eigene Tür: Dort stehe ein Baum, der sich in den ersten Herbstwinden merklich bewegt habe: Wenn er starr und nicht nachgiebig wäre, würde er brechen. Wäre er aber nicht fest verwurzelt und stark, würde er im Sturm umknicken. „Stark im Wandel“ – dieses Motto des Bundeskongresses sei kein Widerspruch zwischen „Beweglichkeit“ und „Unverrückbarkeit“. Wir stehen für Wandel. Aber wir wissen auch um unsere Wurzeln, die da heißen, dass dieser Wandel sozial und gerecht stattzufinden hat.“ Stark mache diesen Baum der Mitglieder-Stamm: 2,7 Millionen Menschen, die in ver.di organisiert sind. Der ver.di-Baum sei „zur Zeit starken Umweltbelastungen ausgesetzt“, so blieb Frank Bsirske im Bild.

In seinem Bericht führte Kollege Bsirske u.a. aus: „Wenn man die Dinge derzeit betrachtet, muss man zu dem Schluss kommen, dass dieses Land an einem Scheideweg steht. Wichtige Akteure schicken sich an, ihre sozialen Verpflichtungen abzuschütteln. Umso wichtiger ist es, dass die Gewerkschaften

weiter für den sozialen Zusammenhalt in unserer Gesellschaft eintreten - als Vertretung

Informiert euch!

**Kommt zur
Personalversammlung am
18. November!**

des Arbeitslosen ebenso wie des Jugendlichen, der eine gute Berufsausbildung braucht, als Vertretung der allein erziehenden Verkäuferin ebenso wie des Technikers, der sich weiterbilden will und muss, und genauso als Vertretung all der anderen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die bei aller Unterschiedlichkeit der Lebenssituation doch ein gemeinsames soziales Interesse an sozialer Sicherheit und an Chancengleichheit für sich und ihre Kinder haben. Dafür die Auseinandersetzung aufzunehmen und zu bestehen, ist Auftrag und Herausforderung zugleich.“

In Berlin wurde Bilanz gezogen und die Führungsorgane gewählt. Zahlreiche Anträge wurden verabschiedet. Wir werden berichten.

Rentendefizit:

Jeder Kaufhausdieb ein Reformier?

Die Bundesregierung und die Spitzen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen haben sich auf „Notmaßnahmen zum Abbau des Rentendefizits“ geeinigt.

Die so genannten Notmaßnahmen sind schnell beschrieben: Die Rentnerinnen und Rentner sollen weniger Rente erhalten. Es geht nicht um eine „Nullrunde“, wie fälschlich behauptet, sondern um ein dauerhaftes Minus. Die Rentenanpassung 2004 fällt aus. Rentner sollen mehr für die Pflegeversicherung zahlen. Und künftig wird die Rente zum Monatsende, statt am Anfang gezahlt, was dem Verzicht auf eine Monatsrente gleichkommt.

Dazu stellt ver.di-Sprecher M. Quetting fest: „Mit einer Renten-Reform hat das nichts zu tun, es geht schlicht um Renten-Klau. Anderenfalls wäre jeder Kaufhausdieb künftig ein Reformier.“ Die Gewerkschaften haben Vorschläge für eine wirkliche Reform des Rentensystems vorgelegt und durchgerechnet. Sie zielen auf die Verbreiterung der Einnahmeseite und auf eine solidarische Umverteilung. Sie beinhalten die Umstellung des Arbeitgeberanteils auf eine Wertschöpfungsabgabe. Und sie brechen mit der Mär, private Versicherungen seien gerecht und sicher.

Bus ab Saarbrücken Demonstration gegen Sozialabbau

Eine bundesweite Demonstration richtet sich am 1. November 2003 in Berlin gegen den von der Regierung mit der Agenda 2010 und ihren „Reformgesetzen“ betriebenen Sozialabbau.

Attac Saar hat einen Bus organisiert. Wer am 1. November aktiv gegen den von der Regierung mit der Agenda 2010 und ihren „Reformgesetzen“ betriebenen Sozialabbau protestieren will, sollte sich jetzt die Fahrkarte sichern. Solidaritätspreis: 28 Euro, Ticket-Reservierungen: 0177-6848990. Zur Teilnahme aufgerufen haben bisher unter anderem auch einige Gliederungen der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di.

Impressum:

**Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft
ver.di - Fachbereich 03**

Gesundheit, soziale Dienste, Wohlfahrt und Kirchen
Fachgruppe: Krankenhäuser

St. Johanner Str. 49; 66123 Saarbrücken

Eigendruck

Vi.S.d.P.: Thomas Müller

E-Mail: verdikkhs@aol.com

<http://www.durchblick.2-www.de>